

# DIE LINKE.

Ausgabe III / 2009

## Bildungsstreik am Niederrhein

Der AStA der HSNR hat zum Bündnis „Bildungsstreik am Niederrhein“ aufgerufen. Schon zu den ersten Treffen kamen etliche Organisationen aus dem studentischen und schulischen Bereich, aus Politik und Gewerkschaft, aus außerparlamentarischer Opposition und anderen Verbände. Alle sind sich einig: Die derzeitigen Zustände und Entwicklungen im Bildungssystem sind nicht weiter hinnehmbar!

**MAN KANN JA DOCH  
NICHTS DAGEGEN  
MACHEN?**



**DOCH!  
AM 17. JUNI BUNDESWEIT AUF  
DIE STRASSE GEHEN!**

Doch was soll Bildungsstreik heißen? Ein Streik soll doch Produktionsprozesse lahm legen und so Druck ausüben. Aber Bildung ist eben keine Ware – welche Produktion

soll dann lahm gelegt werden? Schaden wir uns nicht selber, wenn wir den Bildungseinrichtungen fern bleiben?

Nein! – Weltweit sind Umstrukturierungen aller Lebensbereiche nicht mehr gemeinwohlorientiert, sondern den so genannten Gesetzen des Marktes unterworfen. Seit ein paar Jahren ist auch das Bildungssystem in den Fokus solcher “Reformen” geraten: Bildungsgebühren und die Privatisierung treffen uns alle!

Diese Prinzipien des Marktes werden bestreikt! Ziel des Bildungsstreiks ist es, eine Diskussion zur Zukunft des Bildungssystems anzuregen. Des weiteren sollen Möglichkeiten einer fortschrittlichen und emanzipatorischen Bildungs- und Gesellschaftspolitik aufgezeigt und durchgesetzt werden. Dem Einfluss der maßgeblichen politischen und ökonomischen Interessen im Bildungsbereich werden Alternativen entgegengesetzt:

- selbstbestimmtes Lernen und Leben statt starrem Zeitrahmen, Leistungsdruck und Konkurrenzdruck,
- freier Bildungszugang und Abschaffung von sämtlichen Bildungsgebühren wie Studiengebühren, Ausbildungsgebühren und Kita-Gebühren,
- öffentliche Finanzierung des Bildungssystems ohne Einflussnahme der Wirtschaft unter anderem auf Lehrinhalte, Studienstrukturen und Stellenvergabe
- Demokratisierung und Stärkung der Mit- und Selbstverwaltung in allen Bildungseinrichtungen.

Deswegen gibt es eine bundesweite Aktionswoche vom 15. -19. 06. 2009.

Überall werden SchülerInnen und Studierende demonstrieren und mit anderen Veranstaltungen auf die Misere aufmerksam machen. Und das in einem Bündnis mit vielen gesellschaftlichen Gruppen, denn wir sind überall mit der gleichen Politik konfrontiert: An der Hochschule, in den Schulen und im Betrieb.

Der „Bildungsstreik am Niederrhein“ will die Kräfte der Region bündeln und ruft zu einer zentralen Demonstration am 17 Juni 2009 in Krefeld auf.

In Anbetracht der Europawahl muss die Situation im Bildungswesen auch in den richtigen Kontext gestellt werden: Das humanistische Ideal einer zur kritischen Reflexion befähigenden, gemeinwohlorientierten Bildung wird zurückgedrängt. Stattdessen wird Bildung den Bedürfnissen des Marktes angepasst und damit selbst mehr und mehr zur Ware.

Die Finanz- und Wirtschaftskrise zeigt deutlich, dass die Auswirkungen wettbewerbsorientierter Entscheidungskriterien verheerend sind. Global sind es die GATS-Verträge, in Europa der Bologna-Prozess, die den Kern solcher Reformen bilden. In vielen Ländern protestieren bereits Menschen dagegen, so z.B. in Mexiko, Spanien, Italien, Frankreich und Griechenland. In diesem internationalen Zusammenhang steht auch der Bildungsstreik 2009.

Deswegen beteiligt sich auch DIE LINKE. Mönchengladbach und die Linksjugend Solid am „Bildungsstreik am Niederrhein“.

**Kommt alle am 17. Juni 2009  
um 14:00 Uhr zum Hbf. Krefeld!**

---

SCHUTZSCHIRM FÜR  
MENSCHEN !



Von Bernhard Clasen, DIE LINKE.  
Mönchengladbach, Sprecher

Liebe Mönchengladbacherinnen, liebe Mönchengladbacher, am 7. Juni 2009 wird das Europaparlament neu gewählt.

Als Mönchengladbacher Kandidat der bundesdeutschen Kandidatenliste der LINKEN für die Europawahl bitte ich Sie herzlich: **Gehen Sie am 7. Juni wählen!**

Helfen Sie mit, gemeinsam mit der LINKEN ein soziales, ökologisches, friedliches und gerechtes Europa zu gestalten!

Noch ist das Europa der „Europäischen Union“ in erster Linie ein Europa der Konzerne, Regierungen, neuer Aufrüstung und Abschottung gegen Flüchtlinge.

Nur die LINKE kämpft für ein soziales Europa mit ökologischen, friedlichen und sozialen Standards.

Nur die LINKE artikuliert sich gegen den Casinokapitalismus, die von den Regierungen der EU geforderte weitere Aufrüstung, und eine weitere Orientierung der Europäischen Union an den Interessen des internationalen Kapitals.

Nur die LINKE setzt sich für einen Schutzschirm für die Menschen ein.

Deswegen erlauben Sie mir noch eine zweite Bitte:

**Geben Sie am 7. Juni ihre Stimme der LINKEN.**

Ihr Bernhard Clasen

Persönliches:

ich bin 51 Jahre alt, von Beruf Übersetzer und Dolmetscher für Russisch und Journalist.

Ich bin Sprecher der LINKEN Mönchengladbach und stehe auf Platz 30 der Liste der LINKEN Kandidatinnen und Kandidaten für die Europawahl.

Seit 1988 wohne ich im Zentrum von Mönchengladbach-City.

In letzter Minute ...

... bekamen wir das vorläufige Ergebnis der StuPa Wahlen 2009.

Die gute Arbeit des derzeitigen AStA und der Liste BGSB.SDS, einer assoziierten Gruppe des sozialistisch-demokratischen studierendenverbandes (sds) hat sich in WählerInnen Stimmen niedergeschlagen:

DO IT NOW: 23.09% (7 Mandate)  
NITROGLYCERIN: 14.22% (4 Mandate)  
BGSB.SDS: 55.81% (18 Mandate)  
ELEKTROTECHNIKER: 6.88% (2 Mandate)

Die Wahlbeteiligung lag bei 21.23%, bereinigt um die externen Studierenden bei knapp 25%.

## Wahl zum Europaparlament

Am 7. Juni 2009 finden die Wahlen zum Europaparlament statt.

DIE LINKE. ruft alle, die an einem sozialen, friedlichen, demokratischen und humanen Europa interessiert sind, auf, an der Wahl teilzunehmen, und ihre Stimme der Kraft der Veränderung zu mehr Gerechtigkeit, Sozialismus, Frieden und Humanität zu geben.

Vier Gründe, warum man/frau am 7. Juni 2009 DIE LINKE. wählen soll:

### **1. DIE LINKE. kämpft für ein soziales Europa**

Die Regierungen der EU-Staaten haben die Begeisterung vieler Bürgerinnen und Bürger für Europa auf lange Zeit verspielt. Im Wettlauf um die niedrigsten Steuern, Löhne und Sozialausgaben haben sie den nationalen Standortwettbewerb gefördert, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer der europäischen Staaten gegeneinander ausgespielt.

Die EU verfügt über einen der größten Binnenmärkte der Erde. Der Anteil der Im- und Exporte am Bruttoinlandsprodukt der EU-27 beträgt nur knapp 10 Prozent. 90 Prozent ihrer Wirtschaftsleistung finden also in der großen EU-Binnenwirtschaft statt.

Die Orientierung des EU-Vertrages und der europäischen Wirtschaftspolitik auf „globale Wettbewerbsfähigkeit“ ist vor diesem Hintergrund weder ökonomisch stichhaltig noch gesellschaftspolitisch sinnvoll.

Die EU muss deshalb ihre einseitige Fixierung auf Exportsteigerung aufgeben

und eine nachhaltige, sozial-ökologische Gestaltung der europäischen Binnenwirtschaft und die Stärkung regionaler Wirtschaftskreisläufe zum Kern ihrer Wirtschafts- und Strukturpolitik machen. So kann sich die EU aus der neoliberalen Globalisierungsfalle herauswinden und dabei gleichzeitig zu einem attraktiven Entwicklungsmodell in der Welt werden.

Die im Jahr 2000 verabschiedete und 2005 „erneuerte“ Lissabon-Strategie soll die EU bis 2010 zur wettbewerbsfähigsten Region der Welt machen. Damit wurden ein gnadenloser Kostensenkungswettlauf und Standortwettbewerb sowohl innerhalb der EU als auch in der Weltwirtschaft verschärft.

Dies führte in der EU bis zur Wirtschaftskrise 2008 zu einer Explosion der Unternehmensgewinne und einem drastischen Rückgang der Löhne und Gehälter am Volkseinkommen, einer wachsenden Ungleichheit bei der Verteilung von Einkommen und Vermögen, dem Wachstum von prekärer Beschäftigung und Armut sowie wachsenden Ungleichgewichten in der Weltwirtschaft.

2010 wird die EU eine abschließende Bilanz ihrer Lissabon-Strategie vorzulegen haben. Das völlige Scheitern dieser Strategie ist schon jetzt offenkundig.

Der Einfluss der EU auf die Wirtschafts- und Sozialpolitik ist groß.

Beispiele sind die (nur durch massive Proteste entschärfte) Bolkestein-Richtlinie, die durch eine Liberalisierung der Dienstleistungen zu einem europaweiten Sozialdumping führt.

Auch die Urteile des Europäischen Gerichtshofes (EUGH) in den Fällen Viking,

Laval, Rüffert und Luxemburg, die das Streikrecht untergraben haben oder es einzelnen Bundesländern untersagen, Sozialstandards einzuhalten, weil das die Kapitalfreiheit gefährden würde.

Sollte der Lissabon-Vertrag in Kraft treten, würde die kapitalistische Marktwirtschaft als Wirtschaftsordnung primärrechtlich festgeschrieben („offene Marktwirtschaft mit unverfälschtem Wettbewerb“).

## 2. DIE LINKE. kämpft für ein demokratisches Europa

Leider hat das Europäische Parlament, das am 7. Juni gewählt wird, viel weniger zu sagen hat, als die Europäische Kommission oder der Europäische Rat, die nur sehr eingeschränkt demokratisch legitimiert sind. Damit geht mit einer Verlagerung auf europäische Ebene gegenwärtig immer ein Stück Entdemokratisierung einher.

Das Europäische Parlament hat kein Initiativrecht, kann also keine Gesetze schreiben. Dies kann nur die Europäische Kommission. Auch der Lissabonvertrag sieht keine Erweiterung der Gesetzgebungsfunktionen vor.

### Impressum

V.i.S.d.P:

**DIE LINKE.** / Helmut Schaper  
Mitgliedsorganisation

Postfach 30 10 01  
41191 Mönchengladbach

Telefon: 0 21 66 / 979 22 43  
Fax: 0 21 66 / 979 22 42

E-Mail: buero@die-linke-mg.de  
Web: www.die-linke-zeitung.de

DIE LINKE. sagt „Nein“ zum Lissabonvertrag und begrüßt die Ablehnung dieses Vertrages durch die irische Bevölkerung.

DIE LINKE. fordert stattdessen eine demokratische Neugründung der EU mit Volksabstimmungen in allen Ländern.

## 3. DIE LINKE. ist für ein friedliches Europa

*Die EU rüstet militärisch auf.*

Im geplanten Lissabon-Vertrag heißt es: „Die Mitgliedsstaaten verpflichten sich, ihre militärischen Fähigkeiten schrittweise zu verbessern“.

Die Agentur für die Bereiche Entwicklung der Verteidigungsfähigkeiten, Forschung, Beschaffung und Rüstung (im Folgenden „Europäische Verteidigungsagentur“) ermittelt den operativen Bedarf und fördert Maßnahmen zur Bedarfsdeckung.

Sie trägt zur Ermittlung von Maßnahmen zur Stärkung der industriellen und technologischen Basis des Verteidigungssektors bei und führt diese Maßnahmen gegebenenfalls durch, beteiligt sich an der Festlegung einer europäischen Politik im Bereich der Fähigkeiten und der Rüstung und unterstützt den Rat bei der Beurteilung der Verbesserung der militärischen Fähigkeiten.“ (Art 42.3)

Der Reformvertrag schreibt eine neoliberale Wirtschaftspolitik und eine Militarisierung für die Europäische Union fest. Im Artikel 27.3 wird die Aufrüstungsverpflichtung für die EU-Mitgliedstaaten festgelegt; im zukünftigen Artikel 27.7 die NATO als Bezugsrahmen für die EU-Militärpolitik ausdrücklich erwähnt.

### *Aufrüstungsverpflichtung*

Die skandalöse Aufrüstungsverpflichtung des EU-Verfassungsvertrags hat ihren Weg in den Reformvertragsentwurf gefunden.

Es ist wohl als einmalig in der Geschichte internationaler Verträge anzusehen, dass ein völkerrechtlicher Vertrag zu verstärkten Rüstungsanstrengungen anhält. Die Mitgliedsstaaten verpflichten sich, ihre militärischen Fähigkeiten schrittweise zu verbessern.

#### **4. DIE LINKE. tritt für ein humanes Europa ein**

in dem die Menschenrechte nicht nur in schönen Sonntagsreden proklamiert, sondern auch umgesetzt werden.

200 Afrikaner ertranken am 31. März 2009 bei ihrem Versuch, mit einem Schiff in die EU zu gelangen. Wieviele Menschen bei ihrem Versuch, nach Europa einzuwandern, im Mittelmeer ertrunken sind, weiß niemand. Die Schätzungen reichen von einigen tausend bis zu 20 000 oder gar 30 000 Toten.

In den beiden Auffang- und Abschiebelagern der italienischen Insel Lampedusa sind unter menschenunwürdigen Bedingungen derzeit 720 Personen untergebracht. Ab 15. Mai, so der italienische Innenminister Maroni, solle sich alles „verbessern“. Denn dann tritt ein Abkommen mit Libyen in Kraft, das unter anderem italienisch-libysche Patrouillen vor der Küste des nordafrikanischen Landes vorsieht.

An der Festung Europa wird fleißig weiter gebaut.

Nur die LINKE. kämpft gegen diese neue Mauer an den Außengrenzen Europas, Jahr für Jahr sterben tausende Menschen auf der Suche nach Schutz vor Verfolgung, Armut, Naturkatastrophen und Kriegen an den hoch auferüsteten und streng bewachten Außengrenzen der EU, vor allem im Mittelmeer.

Deshalb fordert DIE LINKE die Abschaffung der Grenzschutzagentur FRONTEX.

Statt kostspieliger Grenzkontroll-, Überwachungs- und Datenerfassungssysteme zur Abwehr „illegaler“ Migration fordert DIE LINKE. eine humanitäre Flüchtlingspolitik sowie eine andere Wirtschafts- und Handelspolitik zur Bekämpfung von Armut, Hunger und Unterentwicklung als Ursachen von Flucht.

### **Dreiste Ehrlichkeit Ostendorf: Studiengebühren sichern die Basis**

Nachdem der AStA gut recherchiert darlegte, wie die Hochschulverwaltung auf Geld hockt, das nicht ihres ist, ging er mit einem Antrag in die Senatssitzung, die Studiengebühren zu halbieren.

Aber zur Erinnerung: Zur Jahreswende 2008/09 hatte die HSNR etwa sechs Millionen Euro aus den seit Einführung kassierten Studiengebühren nicht ausgegeben. Zusätzlich hat die Hochschule auch die Gelder aus dem allgemeinen Haushalt, also aus den staatlichen Zuwendungen, nicht vollends verbraucht - etwa 4 Millionen liegen da noch auf der hohen Kante. Und so kommt Bastian Feldkeller (AStA Vorsitzender) zu dem Schluss: „Es kann nicht sein, dass sich Studierende doppelt so hoch verschulden, wie sie es eigentlich müssten.“

Der AStA zog die Konsequenz und stellte auf der Senatssitzung vom 4. Mai den Antrag, die Studiengebühren um die Hälfte - auf 250,- EURO - zu reduzieren. Ein Antrag, der niedergeschmettert wurde. Doch zuvor wurde in der zweistündigen Diskussion erstmal knapp mit zwölf zu elf Stimmen der Antrag eines Senators, der nur eine Reduzierung auf 400,- vorsah, abgelehnt. Doch bei den stichhaltigen Argumenten, die vom AStA vorgetragen wurden, hätte die Studierendenschaft bessere Gegenargumente verdient. Da wurden erstmal vernünftige Finanzpläne gefordert, ehe die Gebühren reduziert werden können. Wer hat die Gebühren eingeführt, ohne solche Pläne zu erstellen? Der Senat selbst! Es wurde erstmal mitgenommen was geht, ohne Rücksicht auf die Studierenden, die das Geld aufbringen müssen.

Und jetzt beginnt der eigentliche Skandal! Rektor Ostendorf äußerte sich kurz nach der Senatssitzung gegenüber dem Uni-Spiegel. Unverhohlen räumte er ein, dass es durchaus beabsichtigt sei, bei sechs Millionen Einnahmen aus Studiengebühren pro Jahr etwa nur die Hälfte auszugeben. Und wörtlich ist zu lesen: „Wir müssen da weiter denken, denn das Land wird uns in Zukunft nicht so versorgen, wie wir es brauchen. Studiengebühren seien eben nicht nur für einen gewissen Luxus da, sondern sichern auch die Basis ab.“

Und noch einen Tick deutlicher sagt es Pressesprecher Haupt gegenüber der RP: „Wir bewerten die Studienbeiträge wie einen Generationenvertrag. Ähnlich wie die Zahlungen in die Rentenkasse, kommt das Geld zukünftigen Studentengenerationen zugute.“

Ostendorf und Haupt haben genauso wie unsere Politiker ohne Studiengebühren studiert. Auch dadurch haben sie jetzt gut bezahlte Jobs. Eigentlich sollten sie deswegen über ihre höheren Steuern auch die Bildung der zukünftigen Generationen finanzieren – das wäre ein Generationenvertrag. Aber die heutigen Studierenden für die Bildung der nächsten Generation aufkommen zu lassen, ist eine klare Bankrotterklärung des Sozialstaates.

Bei der Einführung der Studiengebühren wurde hoch und heilig versprochen, dass es nicht zu Kürzungen im Bildungsetat kommen würde. Die Studiengebühren sollten zusätzliches Geld für die Hochschulen sein und in die Qualitätssteigerung der Lehre gehen. Warnungen, dass es anders kommen wird, wurden genau von den Leuten in den Wind geschlagen, die sich jetzt auf die normative Kraft des Fak-

---

tischen berufen. „Wir können ja nicht anders!“ wird gerufen und gleichzeitig wird den Politikern damit der Grund zu weiteren Kürzungen geliefert.

Es wäre an der Zeit gewesen, Rückgrad zu beweisen und den Staat nicht aus seiner Verantwortung zu entlassen.

### **Der Skandal im Detail**

Auf der Senatssitzung wurde dann auch gesagt, wofür das Geld zurück gelegt wurde: Für die Schaffung neuer Professuren, eine anteilige Finanzierung von Neubauten oder sogar für die Aussengestaltung am Standort Krefeld. Also alles originäre Aufgaben des Landes, die nur mit Tricks und viel Good-Will als Verbesserung der Lehre und der Studienbedingungen definiert werden können.

Deswegen befragten wir Birgit Laumen vom AStA nach den Klagemöglichkeiten: „Wenn die Decke eines feuchten Hörsaales abgedichtet wird, dann verbessert das die Lehrbedingungen. Da wurde das Gesetz vorsorglich frei genug formuliert. Möglichkeiten zur Klage sehen wir im AStA daher als gering an.“

Und Florian Keller, Mitglied des fzs-Vorstands, sagt es deutlich: „Wir sehen keine Möglichkeit dagegen zu klagen. Gerade bei den neue Professuren hat das Ministerium in NRW schon mehrfach grünes Licht gegeben.“ So kann die HSNR Stellen schaffen, die eigentlich nur die Überlast von 147% leicht abfedern. Natürlich sorgt das für eine geringe Verbesserung – doch hinter die Kulissen geschaut, bezahlen die Studierenden so nur für eine Fehlentwicklung. Am Ende spart der Staat und die Studierenden zahlen doppelt: Mit Studiengebühren und mit schlechten Studienbedingungen.

Doch einen kleinen Hoffnungsschimmer gibt es jetzt plötzlich doch noch. Unerwartet kam das Ministerium den Studie-

renden am 8.5. zu Hilfe und schrieb in deutlichen Worten: „Nach dem Studienbeitragsgesetz sind die Einnahmen aus den Studienbeiträgen zweckgebunden [...] zu verwenden. Das Gesetz sieht vor, dass die Mittel grundsätzlich sofort auszugeben sind.“ Und sollte Herr Ostendorf nicht zeitnah über die Verwendung der Mittel Rechenschaft ablegen, dann „muss eine Beitragsrückerstattung beziehungsweise Beitragssenkung in Erwägung gezogen werden.“

### **Der Weg ist das Ziel**

In den Anträgen auf Reduzierung der Studiengebühren, die derzeit vielerorts gestellt werden, ist keinesfalls eine Zustimmung zu Studiengebühren zu sehen. Genauso wie DIE LINKE. sehen auch viele ASten darin nur eine Möglichkeit der Soforthilfe - jeder gesparte Euro hilft den Studierenden sofort. Und auch Florian Keller sagt es noch einmal deutlich: „Studiengebühren schrecken nachweislich von der Aufnahme eines Studiums ab, gefährden durch die zusätzliche finanzielle Belastung das Studium vieler Studierender und führen zu einer Verschuldung, welche die Zukunft junger Menschen in ungewissen Zeiten noch ungewisser werden lässt.“

Der Kampf an den einzelnen Hochschulen, die Gebühren zu reduzieren oder ganz abzuschaffen, muss weiter gehen. Nur so kann aufgezeigt werden, dass Gebühren gesellschaftlich nicht akzeptiert werden. Nur so wird den Regierenden nicht auch noch zugearbeitet. Abgeschafft werden müssen die Gebühren auf dem politischen Weg.

DIE LINKE. erklärt: Der Missbrauch von Studiengebühren wird am besten dadurch verhindert, in dem Studiengebühren abgeschafft werden.

---